

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 173. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV, Zimmer 48 (Tel. 21408), Görresstraße

Nr. 3/4

Bonn, den 12. Januar 1956

X. Jahrg.

Ein Jahr ernster Aufgaben

Von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

Vor uns liegt ein Jahr ernster Aufgaben. Das Jahr 1956 ist das letzte volle Arbeitsjahr des zweiten Deutschen Bundestages, denn die nach 1956 bis zur Neuwahl noch verbleibenden Monate werden — das lehrt uns die Erfahrung — bereits im Schatten des Wahlkampfes stehen. Wir müssen also das vor uns liegende Jahr gründlich ausnutzen, um den großen Aufgaben gerecht zu werden, die unserer harren.

Das abgelaufene Jahr hat in mehrfacher Hinsicht Klarheit gebracht. Mit der Inkraftsetzung der Verträge am 5. Mai wurde ein weit gestecktes Ziel der Politik der Bundesregierung erreicht: die Bundesrepublik hat die Souveränität erlangt. Der Verlauf der Genfer Außenministerkonferenz hat klar bewiesen, daß das durch die Verträge begründete Bündnis mit den anderen freien Völkern gerade im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung eine Realität ist, mit der das deutsche Volk rechnen kann und der kommunistische Osten rechnen muß. In Genf wurde leider auch klar, daß die Sowjetunion gegenwärtig nicht gewillt ist, einer Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen — es sei denn um den Preis der deutschen Freiheit und der Bolschewisierung Gesamtdeutschlands. Gerade diese abweisende Haltung der Sowjetunion in Genf hat aber dazu geführt, daß die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik durch ihre gewählten Vertreter mit letzter Klarheit zum Ausdruck gebracht haben, daß das deutsche Volk nur eine Wiedervereinigung in Freiheit erstrebt, daß es sich mit den übrigen Völkern untrennbar verbunden fühlt und jede Bolschewisierung mit größter Entschiedenheit ablehnt.

Diese Klarheit ist auch die Voraussetzung der Entschlüsse, die wir für unser weiteres Verhalten zu verwirklichen haben. Es bedarf keiner besonderen Unterstreichung, daß die Schaffung eines freien wiedervereinigten Deutschlands unverrückbar das oberste Ziel unserer Politik bildet. Um dieses Ziel durch Beharrlichkeit zu erreichen und jede in dieser Richtung liegende Chance wahrnehmen zu können, bedürfen wir des ungeminderten Vertrauens der freien Welt. Schon aus diesem Grunde ist die loyale und tatkräftige Verwirklichung der Pariser Verträge notwendig. An der Vertragstreue des deutschen Partners dürfen keine Zweifel aufkommen! Wir wollen nicht vergessen, daß in den Verträgen auch die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, daß die Saarbevölkerung erstmals einen Landtag wählen konnte, der ihrem Willen entspricht.

Die Regierungs- und Parlamentsarbeit des verflochtenen Jahres umfaßt wiederum auch eine ganze Reihe sozialer Gesetze: die Große Novelle zum Lastenausgleichsgesetz, mehrere Gesetze zur Verbesserung der Lage der Rentempfänger, Hilfe für die Sowjetzonenhäftlinge, Abgeltung von Besatzungsschäden; die Familienausgleichskassen sind wirksam geworden, und in der einschlägigen Gesetzgebung wurden die noch bestehenden Lücken geschlossen. Ich erinnere ferner an das landwirtschaftliche Paritätsgesetz, das Personalvertretungsgesetz, das Verkehrsfinanzgesetz, das Gesetz über das Mietpreisrecht. Schließlich ist es auch gelungen, den mehrjährigen Streit über die Finanz-

Die CSU zum neuen Jahr

Der Jahreswechsel ist diesmal für die Christlich-Soziale Union mehr als eine Angelegenheit des Kalenders. Er bedeutet in der Tat in vieler Hinsicht eine Wende. Das abgelaufene Jahr hat uns durchaus nicht unzufrieden gestimmt. Bald wurde zur Gewißheit, daß man eine tragende politische Kraft, die aus einer revolutionären Idee gespeist wird, nicht dadurch aus der Welt schaffen kann, daß man sie am Wirken für den Staat hindert. Es war nicht zuletzt die bayerische Bevölkerung, die es ablehnte, sich durch das Experiment der Regierungsbildung täuschen und in ihrer Beurteilung der politischen Kräfte im Lande beirren zu lassen. Es war die bayerische Bevölkerung, welche die Opposition unterstützte, ja gerade anfeuerte, besonders immer dann, wenn von der Regierungsmehrheit versucht wurde, sie an der Ausübung ihres Kontrollrechtes zu hindern. Deshalb hat die CSU nicht den geringsten Anlaß, im neuen Jahr etwa jene Ja-Sager-Rolle zu übernehmen, die man ihr im Parlament offensichtlich zuweisen möchte.

So geht die Christlich-Soziale Union im Bewußtsein ihrer Kraft ins neue Jahr. Ihr größtes Anliegen ist, daß die bayerische Öffentlichkeit der Opposition im Landtag auch weiterhin das Vertrauen entgegenbringt, das ihr gerade in den letzten Monaten das Wirken so sehr erleichtert hat und sie die Widrigkeiten einer unfairen Majorisierungspolitik gern hat vergessen lassen.

verfassung der Bundesrepublik durch einen Kompromiß aller hier Beteiligten zu bereinigen.

Daneben wurde sehr viel Arbeit geleistet, deren Früchte im neuen Jahr reifen werden. Ich nenne hier wegen ihrer Dringlichkeit an erster Stelle diejenigen Gesetze, die zur Verwirklichung des deutschen Verteidigungsbeitrages notwendig sind, vor allem das Soldatengesetz. Auf dem Arbeitsprogramm des neuen Jahres stehen ferner u. a. das Zweite Wohnungsbaugesetz, die Fürsorge für die Körperbehinderten, die Tuberkulosehilfe, der Abschluß der Gesetzgebung über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, steuerliche Begünstigungen, besondere Anliegen einzelner Berufsstände, insbesondere des gesamten Mittelstandes, das Kriegsfolgeschlußgesetz, das Kartellgesetz, das Parteiengesetz und wahrlich nicht zuletzt ein neues Wahlgesetz für den Deutschen Bundestag.

Unter allen diesen Aufgaben steht in erster Linie die Sozialreform, der der Hauptteil unserer Arbeit im neuen Jahr gelten muß. Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit nachdrücklich wiederholen, daß sich die Sozialreform nicht in einer Ordnung des Rentenwesens erschöpfen kann, sondern den einschneidenden Änderungen gerecht werden muß, die die Struktur unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens während der letzten Jahrzehnte erfahren hat. In erster Linie wird man dabei an die Sicherstellung der Familien und an diejenigen denken müssen, die nach einem von Arbeit ausgefüllten Leben nicht mehr in der Lage sind, für ihren Unterhalt selbst aufzukommen. Die Bundesregierung wird im Jahre 1956 dem Bundestag die gesetzliche Neuregelung der Alters- und Invalidenversicherung vorlegen.

Die großen Aufgaben, vor denen wir stehen, verlangen die Einigkeit und Zusammenarbeit aller berufenen Kreise. Am Ende des alten Jahres danke ich allen, die im Geiste dieser Notwendigkeit bisher schon gehandelt haben. Mein Dank gilt ferner jenen, die bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bremen auch der von der CDU/CSU hauptverantwortlich geführten Politik ihr Vertrauen bekundet haben.

Und ein Letztes: Einer großen Zahl deutscher Menschen war es nach langen Jahren vergönnt, an diesem Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familie wieder die Weihnachtsglocken der Heimat zu hören. Ihnen gilt mein besonderer Gruß wie auch allen, die der Freiheit noch entbehren — sei es, daß sie noch nicht heimgekehrt sind, sei es, daß die Zerreißung unseres Vaterlandes es ihnen verwehrt, in der gleichen Freiheit zu leben, deren wir uns erfreuen dürfen.

Klarstellungen zur Koalitionslinie

Dr. Dehler ist, wie erwartet, zum Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion wiedergewählt, allerdings mit nur 27 Stimmen gegen 22 Stimmen, die für den Abgeordneten Wellhausen abgegeben wurden. Zur Fraktionssitzung der FDP war auch ein Telegramm Dr. Adenauers eingegangen, in welchem dieser seine Zuversicht hinsichtlich einer Verständigung in der Wahlgesetzfrage bekundete.

Je weiter sich Dinge von ihrem Ausgangspunkt entwickeln, desto größer ist die Möglichkeit, daß sie unrichtig oder gar verzerrt gesehen werden. Diese Erfahrung scheint wieder einmal auf die Verhandlungen zuzutreffen, die — von der weihnachtlichen Pause unterbrochen — seit einer Reihe von Wochen innerhalb der Regierungskoalition von CDU/CSU und DP auf der einen und der FDP auf der anderen Seite geführt werden.

Der oberflächliche Zeitungsleser könnte gegenwärtig den Eindruck haben, als handle es sich bei diesen Erörterungen um das künftige Wahlgesetz oder gar um die Person des FDP-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Thomas Dehler. In Wirklichkeit geht es der CDU/CSU — und das hat sie von allem Anfang an unmißverständlich klargemacht — um die Sicherung einer zielklaren und bestimmten deutschen Innen- und Außenpolitik. Die CDU/CSU vertritt den Standpunkt, daß in der Koalition auf Grund voller Entschließungsfreiheit eine gemeinsame Linie der Partner erarbeitet, aber auch durchgehalten werden muß, und zwar nach dem Grundsatz, daß gemeinsamer Entschluß auch gemeinsame Verantwortung bedingt. Das schließt selbstverständlich ein, daß eine gemeinsam erarbeitete und gemeinsam zu verantwortende Politik auch nach außen hin geschlossen vertreten wird.

Gewisse Vorfälle der letzten Wochen des verflossenen Jahres ließen es der CDU/CSU und der DP geboten erscheinen, an ihren FDP-Koalitionspartner die Frage zu richten, ob er gewillt ist, den gemeinsam beschrittenen Weg auch gemeinsam bis zum Ende der gegenwärtigen Wahlperiode fortzusetzen. Es ist bekannt, daß nicht zuletzt manche Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Dr. Dehler bei CDU/CSU und DP das Bedürfnis nach verbindlicher Klärung der Situation ausgelöst haben. Die Fragestellung basierte aber auf der Entschließungsfreiheit jedes Koalitionspartners und zielte grundsätzlich nicht auf eine einzelne Persönlichkeit ab.

Die Gespräche der Koalitionspartner werden nunmehr fortgesetzt, in der Hoffnung, daß das seit den Tagen des Frankfurter Wirtschaftsrates gemeinsam begonnene Aufbauwerk auch gemeinsam weitergeführt werden kann. Es handelt sich um die Sache, nicht um Personen oder Einzelfragen. Deshalb geht es der CDU/CSU in diesem Zusammenhang auch nicht um Wahlrechtsfragen. Im Parlamentarischen Rat, im ersten Bundestag, im Hamburger Programm ist sie immer rückhaltlos für ein Mehrheitswahlrecht eingetreten. Sie hat es ebenso offen bedauert, daß ihre Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt haben. Gegenwärtig wird in einem Sonderausschuß des Bundestages über ein neues Wahlgesetz verhandelt. Man kann doch der CDU/CSU nicht einen Vorwurf daraus machen, daß sie bei dieser Gelegenheit den Standpunkt vertritt, den sie seit Jahr und Tag vertreten hat, d. h. daß sie sich entschieden für eine Entwicklung einsetzt, die auf das Mehrheitswahlrecht hinführt. Das von der CDU/CSU im Ausschuß vorgeschlagene „Grabensystem“

ist nun bereits ein Kompromiß. Der Vorschlag ist ein Angebot der CDU/CSU, und es steht den Vertretern der übrigen

Parteizersplitterung und Extremismus

Zur Lage in Frankreich

Im „Luxemburger Wort“, der christlich demokratischen Zeitung des Großherzogtums, finden wir eine Charakterisierung der innenpolitischen Situation in Frankreich, aus der wir nachstehende sehr beachtenswerte Gedanken grundsätzlicher Natur entnehmen:

Der Ausgang der französischen Wahlen muß alle westlichen Demokratien nachdenklich stimmen. Er zeigt, wohin die Splitterparteien führen und welcher Erfolg den extremen, dem Totalitarismus huldigenden Gruppen und Bewegungen beschieden ist, wenn das demokratische Regime seine Festigkeit verliert und die klare Linie in der Staatsführung fehlt.

Es gab in Frankreich, vor Jahren noch, viele Anhänger de Gaulles, die im französischen Befreiungsgeneral auch politisch den Mann mit der starken Hand sahen, von dem sie heimlich hofften, er werde der Demokratie der Vierten Republik neue Zügel anlegen. De Gaulle verurteilte das bestehende Regime mit scharfen Worten, tat aber selber nichts Überzeugendes, um die Verantwortung zu übernehmen und dem französischen Staat neue Wege zu zeigen.

Während die französischen Kommunisten ihrer Kundschaft nicht zu verheimlichen brauchten, daß sie den sowjetischen Staat und dessen Führer als Vorbild für ihre eigene Zielsetzung betrachteten, markierte Mendès-France einige Zeit lang den neuen Typ des nach faschistischem Muster über das Parlament hinweg direkt vor dem Volke Rechenschaft ablegenden und mit ihm dialogierenden Staatsmannes. Heute ist man sich einig darüber, daß Poujade, den man als Papierhändler von Céré mit dem Anstreicher aus Braunau vergleicht, viel von Mendès-France gelernt hat, der mit seiner Politik seinen Teil dazu beigetragen hatte, die Autorität und das Prestige des Parlamentariers und der demokratischen Parteien zu untergraben. Niemand kann mit Sicherheit voraussetzen, wohin diese neofaschistischen Tendenzen, die im französischen Wählerkorps Anklang fanden, den französischen Staat von morgen führen werden. Ist es nicht bedauerlich, daß die großen klassischen Parteien, wie das MRP und die Sozialisten, langsam aber deutlich auf die Ebene mittelstarker Parteien abschließen, während die Kommunisten und die Poujadisten allein ein Drittel der Sitze in der Assemblée Nationale einnehmen?

Fraktionen frei, Gegenangebote zu machen. Die Beratungen im Wahlrechtsausschuß fallen zwar zeitlich mit den Koalitionsverhandlungen zusammen. Vom Standpunkt der CDU/CSU aus besteht jedoch zwischen diesen beiden Verfahren kein sachlicher Zusammenhang.

Bei allem kann nicht übersehen werden, daß außenstehende Faktoren die gegenwärtigen Erörterungen innerhalb der Koalition als ein Feuerchen betrachten, an dem sie ihre eigene Suppe kochen möchten. So wird man die Bestrebungen der Opposition bewerten müssen, durch unerbetenen Beifall für die FDP in ein vermeintliches Feuer zu blasen und damit einen loyal eingeleiteten Klärungsprozeß tunlichst zu stören.

Die Tatsache allein, daß es einem Mann wie Poujade, der über kein seriöses Programm verfügt, mit unflätigen Bemerkungen und steuerpolitischen Häresien mit einem Schlag gelang, 52 Mandate im französischen Parlament zu erhalten, besagt, wie schnell man sich unter Umständen auch mit einem Staatsstreich abfinden würde. Poujade hat durch verschiedene Äußerungen deutlich bewiesen, daß er sich darin gefällt, in ähnlichen Kategorien zu denken. Er ist von den totalitären und den faschistischen Ideen des Ständestaates infiziert. Vor der eigenen Partei und ihren Mandatären hat er keine Achtung. Hat er doch erklärt, daß das Mandat seiner Abgeordneten ein imperatives sei, und daß jeder Abgeordnete, der sich nicht an die Direktiven des Poujadismus halte, ausgeschlossen oder „an die Laternenpfähle geknüpft“ werde. Poujade denkt durchaus an die Möglichkeit, mit Saalschlachten nach dem Vorbild der Nationalsozialisten und mit Massendemonstrationen einen entscheidenden Schlag gegen das bestehende Regime zu tun. Vielleicht würde er damit dem Kommunismus den französischen Staat glatt in die Hand spielen.

Die Stärke der extremen Parteien Frankreichs ist die Schwäche des gegenwärtigen demokratischen Regimes in diesem klassischen Lande der Freiheit. Aus der Entwicklung, die dazu führte, ersieht man, daß die Parteizersplitterung an den Abgrund führt. Daß sie als Auswuchs der falschverstandenen Demokratie zur Abdikation des demokratischen Willens und zum Totalitarismus ständestaatlicher oder kollektivistischer Observanz führt.

Nur mit wenigen Parteien, bei denen das Weltanschauliche die Trennungslinie zeichnet, läßt sich das demokratische Regime als bestes und fortschrittlichstes System erhalten. Wenn es in Frankreich gelänge, eine soziale und europäische Equipe aus Unabhängigen, Sozialisten und christlichen Volksrepublikanern zu bilden, könnte die Demokratie in diesem wertvollen Teile Westeuropas gerettet und der Extremismus von links und rechts noch einmal überwunden werden.

Dr. Franz-Josef Wuermeling:

Für familienfreundlichere Steuermaßnahmen

„Lineare Senkung“ aus anderer Sicht / Auto bevorzugt vor Kind

Eine lineare Senkung der Lohn- und Einkommensteuer ist in den vergangenen Wochen von mehreren Politikern, Wirtschaftlern, Organisationen und Verbänden gefordert worden. Für eine solche Abgabensenkung hat sich auch MdB Kirchhoff eingesetzt mit der verlockenden Begründung, daß sie „allen zugute käme“. Bei Licht besehen sieht das Ergebnis einer vorwiegend aus Wirtschaftskreisen geforderten linearen Steuersenkung um 10 Prozent nun folgendermaßen aus:

Bei 400 DM Monatseinkommen würde ein Lediger monatlich 3,50 DM weniger zu zahlen haben, ein Ehepaar ohne Kinder 2,20 DM, bei einem Kind 1,20 DM und bei zwei Kindern 0,50 DM weniger. Bei 600 DM Monatseinkommen würde die „lineare“ Senkung ausmachen: beim Ledigen 7,60 DM, beim kinderlosen Ehepaar 5,90 DM, bei einem Kind 4,70 DM, bei zwei Kindern 3,60 DM und bei drei Kindern 1,20 DM. Hat man das wirklich bedacht, wenn man nach „linearer“ Steuersenkung ruft, die zwar den meisten unbedeutende Entlastung bringt, aber den ohnehin viel zu geringen Abstand zwischen der Nettoauszahlung für den Ledigen einerseits und für den Familienvater andererseits immer mehr verkleinert? Eine lineare Steuersenkung um 10 Prozent würde über eine Milliarde Steuerausfall zur Folge haben, vor allem aber würde sie die verbleibende Steuerlast prozentual von den Ledigen und Kinderlosen auf die Familien mit Kindern verlagern.

Nun hat unsere Denkschrift über den Familienlastenausgleich bewiesen, daß die Kinderermäßigung für das zweite Kind (jetziger monatlicher Freibetrag: 60 DM) dringendst ausgebaut und auf den ab drittes Kind geltenden Satz (140 DM) erhöht werden müßte, um unseren Familien über die Steuer etwas mehr Gerechtigkeit werden zu lassen (Steuerausfall rd. 250 Millionen). Will man wirklich in vierfachem Ausmaß Steuerpolitik gegen die Familie machen, anstatt mit einem Viertel der dafür benötigten Summe unseren Familien zu helfen? Wenn ein fremder Parsifal heute in die Bundesrepublik käme und dies und dazu einige andere Steuervorschriften mit den Augen eines Familienvaters betrachtete, könnte er mit Polonius in „Hamlet“ auf den Gedanken kommen: „Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode!“ Denn er wüßte nicht, daß unsere jetzige Steuerregelung erst allmählich von der familienfeindlichen Morgenthau-Politik nach 1945 zurückentwickelt werden mußte, und daß gewiß schon manches in dieser Hinsicht geschehen ist. Dieser Parsifal müßte aber doch sehr verwundert sein, wenn er jetzt ausgerechnet von Propaganda für familienfeindliche lineare Steuersenkungen hörte, und würde darüber hinaus über einige Sonderbarkeiten staunen, die nur an vier Beispielen erläutert seien:

Wenn ein Arbeitnehmer arbeitstäglich per Kleinauto 10 km zur Arbeitsstätte fährt, kann er monatlich 125 DM (0,50 DM je km) als Werbungskosten steuerlich absetzen. Einem Familienvater dagegen werden für zwei (!) Kinder monatlich insgesamt 120 DM (Kinderfreibetrag) abgesetzt. Je 1/4 Stunde tägliche Autofahrt von und zur Arbeitsstätte werden also steuerlich stärker begünstigt als der Gesamt-

aufwand für das Großziehen von zwei Kindern. So bevorzugt man das Auto vor dem Kind!

Fährt besagter Arbeitnehmer 20 km, also den doppelten Weg zur Arbeitsstätte, so erhöhen sich seine absetzbaren Werbungskosten auf monatlich 250 DM. Läßt der Familienvater aber zwei Kinder auswärts auf einer Hunderte von Kilometern entfernten Universität studieren, kann er für die Fahrtkosten dorthin und für die hohen Kosten des auswärtigen Studiums für seine beiden Studenten insgesamt 80 DM (achtzig!) monatlich über die normalen Kinderfreibeträge hinaus absetzen.

Nach der neuesten Denkschrift des Finanzministeriums zur Ehegattenbesteuerung soll der berufstätigen zusammenveranlagten Ehefrau ein jährlicher Freibetrag von 1600 DM gewährt werden, wenn sie außerhalb der Familie berufstätig ist. Für das Großziehen von zwei (!) Kindern

hingegen gewährt unser Einkommensteuerrecht z. Z. jährlich 1440 DM Freibetrag, bewertet also den Mehraufwand für das Großziehen von zwei (!) Kindern geringer als den Mehraufwand für die Berufstätigkeit der Ehefrau. Der in der Denkschrift des Finanzministeriums für die kinderbetreuende Hausmutter vorgeschlagene kleine Freibetrag von 400 DM jährlich würde die 1440 DM Freibetrag für die Kinder zwar auf 1840 DM steigern, aber an dem Gesamtbild völlig unzureichender Bewertung der Kosten für zwei Kinder würde sich nichts Wesentliches ändern.

Ein kinderloses Ehepaar, bei dem ein Partner über 60 Jahre alt ist, kann für Beschäftigung einer Hausgehilfin einen Satz von — allerdings nur — 60 DM monatlich steuerlich absetzen. Eltern und sogar eine (evtl. berufstätige) Witwe mit zwei Kindern unter 18 Jahren (und evtl. noch mehreren in Ausbildung befindlichen älteren Kindern dazu!) dürfen für Beschäftigung einer Hausgehilfin keinen steuerlichen Abzug vornehmen.

Ich plädiere nicht dafür, daß Vergünstigungen der obengenannten Art abgebaut werden. Aber diese Beispiele sollten allen Anlaß geben, die erste Möglichkeit zu nutzen, durch Schaffung familienfreundlicherer Steuervorschriften unseren Parsifal von unserer familienbejahenden Politik zu überzeugen. Er müßte sonst wirklich auf das Zitat aus Hamlet zurückkommen.

Zur Kindergeldgesetzgebung

Gegen eine voreilige Kritik an der Kindergeldgesetzgebung wandte sich der Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Jahn. Er wies dabei vor allem die Kritik zurück, die der badisch-württembergische Arbeitsminister Erwin Hohlwegler unter dem Titel „Die Irrwege des Kindergeldes“ in einer Stuttgarter Zeitung veröffentlicht hatte:

„Wir wollen etwaige Mängel der Kindergeldgesetzgebung durchaus nicht in Abrede stellen, aber Minister Hohlwegler übersieht völlig, daß wir mit dem Kindergeld sozialpolitisches Neuland betreten haben, auf dem erst Erfahrungen gesammelt werden müssen. Die Darstellungen Minister Hohlweglers sind nur Kritik und es ist deshalb schwierig, sachlich zu erwidern.“

Es steht fest, daß die Wirtschaft im weitesten Sinne die soziale Funktion der Unterhaltsfürsorge für den Menschen ausübt. Daraus folgt, daß die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit auch hier den erforderlichen finanziellen Aufwand erarbeiten muß, wobei es gleichgültig ist, ob die Mittel über die Steuern oder über Beiträge zu Familienausgleichskassen aufgebracht werden. Welche Form sich als die geeignetste erweist, bleibt abzuwarten. Hier sind abschließende Feststellungen erst möglich, wenn der Geschäftsbericht des ersten Jahres vom Gesamtverband der Familienausgleichskassen vorliegt. Die CDU ist bereit, gegebenenfalls entsprechende Folgerungen zu ziehen.

Die Unterstellung Minister Hohlweglers, wir wollten die nicht erwerbstätige Witwe mit drei und mehr Kindern, die kein Kindergeld erhält, zur Berufstätigkeit zwingen, ist unzutreffend. Wenn der Gesetzgeber eine andere als die von Herrn Hohlwegler gewünschte Regelung getroffen hat, so deshalb, weil im Jahre 1956 die Reform der sozialen Leistungen

ansteht und auch dieser ganze Fragenkomplex dann neu geregelt werden muß. Eine Vorwegnahme ist unmöglich, weil eine Reform der sozialen Leistungen nicht nur auf Teilgebieten erfolgen kann, darin hat der Stuttgarter Arbeitsminister uneingeschränkt recht — der Witwe mit Mutterpflichten die Möglichkeit geben, diesen Pflichten nachzukommen. Der Arbeitsminister weiß aber auch, daß dieses Anliegen Berücksichtigung finden wird und deshalb ist seine Argumentation wenig fair.

Auch hinsichtlich der Aufbringung der Mittel wird man zu Änderungen greifen müssen. Es ist sehr einfach, eine Bereitstellung aus einem Guß bestehen zu lassen. Diese bevorstehende Reform muß — und Stellung der Mittel durch den Staat zu fordern, gleichzeitig aber zu verschweigen, daß der Staat diese Mittel nur auf dem Wege über Steuern besorgen kann. Steuererhöhungen wären die Folge. Könnte man diesen Weg „sozialer“ und „gerechter“ nennen?

Im übrigen sollte man sich daran erinnern, daß wir schon einmal eine staatlich gelenkte Wohlfahrtsarbeit gehabt haben. Das Regime Hitlers hat in der „Staatswohlfahrt“ ein vortreffliches Mittel besessen, um in die Familien hineinzuregieren. Soll uns denn wiederum alles vom Staate vorgeschrieben werden, von den höchsten Gütern bis herunter

Friedliche Verwendung der Kernenergie

Von Bundesminister für Atomfragen Franz Josef Strauß

Den Fragen der Kernforschung und der friedlichen Verwertung der Kernenergie kommt unter wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten eine immer größere und für die Zukunft noch nicht absehbare Bedeutung zu.

Dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik, die erst nach dem 5. Mai 1955 — nach Aufhebung des Besatzungsstatuts — das Recht erhalten hat, auf dem Gebiete der Erforschung und Ausnutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke tätig zu werden.

Nach der von den Vereinten Nationen im Sommer dieses Jahres veranstalteten Konferenz über die friedliche Anwendung der Atomenergie in Genf hat die Bundesregierung am 6. Oktober 1955 beschlossen, ein Bundesministerium für Atomfragen zu errichten und ihm für alle mit der Forschung und Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke zusammenhängenden Fragen die Federführung im Benehmen mit den beteiligten Bundesministern zu übertragen. Das Atomministerium wird seine Hauptaufgabe darin sehen, im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes dafür die Voraussetzungen zu schaffen und die Hilfe zu geben, daß der 10—15jährige Rückstand der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiete der Erforschung und Verwertung der Atomenergie für friedliche Zwecke gegenüber den ausländischen Atommächten in möglichst kurzer Zeit aufgeholt wird.

Das deutsche Volk hat in Wissenschaft und Technik immer eine führende Rolle gespielt. Auch die Bundesrepublik konnte sich nach dem totalen Zusammenbruch 1945 und nach den folgenden schweren Jahren in harter Arbeit allmählich wieder einen Platz unter den Industrienationen und den wissenschaftlich führenden Staaten erwerben. Diese Tatsache gibt uns auch gleichzeitig die Hoffnung, daß wir bei einer reibungslosen

Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik den Rückstand in der Forschung und Nutzung der Atomenergie aufholen werden. Letztlich geht es darum, auch nach dem Beginn des Atomzeitalters den Platz einer führenden Industrienation zu halten.

Seit 1945 war mit dem Wort „Atom“ nur die Vorstellung übermächtiger Zerstörungskräfte verbunden. Die Genfer Atomkonferenz brachte hier einen spürbaren Wendepunkt, da der Öffentlichkeit langsam klar wurde, welche Bedeutung die Kernspaltung für den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt sowie für die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Menschheit bringen kann. In zunehmendem Maße beginnt die Atomenergie nunmehr in unser tägliches Leben einzugreifen, und immer mehr erhebt sich die Hoffnung, daß sie der größte Helfer der Menschheit sein kann.

Die Bundesrepublik hat sich in den Pariser Verträgen verpflichtet, weder eine Atomforschung für militärische Zwecke zuzulassen, noch atomare Waffen herzustellen. Diese Beschränkung, die wir gerne auf uns genommen haben, ist damit für die Bundesrepublik strenges, geltendes Recht. Am 30. 11. 1955 hat die Bundesregierung den Entwurf eines Abkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Erforschung und Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke gebilligt. Am 21. 12. 1955 beschloß das Kabinett die Bildung einer Atomkommission. Der Kommission gehören führende Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft an. Sie wird bereits 1956 ihre Arbeit aufnehmen. Es war nach dem Grund-

gesetz nicht möglich, eine Atomkommission mit Exekutivbefugnissen nach dem Beispiel der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zu bilden. Als beratendem Organ wird der Kommission jedoch die Zusicherung gegeben, daß sie zu allen wesentlichen gesetzgeberischen und organisatorischen Maßnahmen auf dem Gebiete Atom gehört wird.

Die Bundesregierung will nunmehr auf dem schnellsten Wege für die Wissenschaft und Wirtschaft die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit die Arbeit für Erforschung und Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke beschleunigt und systematisch fortgeführt wird. Um dies zu ermöglichen, erweisen sich folgende Aufgaben als besonders vordringlich:

1. Die Ausarbeitung eines Gesetzes über Verwendung der Kernenergie, Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr und Verwendung von Kernbrennstoff und radioaktiven Isotopen.

2. Die Ausarbeitung eines Gesetzes zum Schutze der Bevölkerung gegen radioaktive Stoffe. Die bald zu erwartende Verabschiedung einer Verordnung zum Schutz der Arbeitskräfte gegen radioaktive Strahlen in Betrieben kann nur als erster Schritt und als Übergangslösung bezeichnet werden.

3. Die Ausarbeitung eines Programms für Koordinierung der Forschung und technischen Entwicklung in Zusammenarbeit mit den Ländern, den bestehenden Instituten und den dafür in Betracht kommenden Wirtschaftsgruppen.

4. Die Ausarbeitung eines Programms zur Heranbildung eines ausreichenden Nachwuchses von Atomwissenschaftlern und Atomtechnikern, an denen die USA über 10 000, Großbritannien über 3000 und Frankreich mindestens über 1000 zur Zeit aufzuweisen haben. Dieses Ziel läßt sich nur durch sinnvolle Verwendung der Mittel des Bundes und der Länder und durch eine vernünftige Zusammenarbeit mit den Universitäten, Technischen Hochschulen und anderen einschlägigen Anstalten erreichen. Auch das Problem der Gewinnung ausländischer Forscher, sowie die Ausbildung deutscher Studenten an ausländischen Forschungsstätten muß geprüft werden.

5. Die Bearbeitung der zahlreichen rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, die sich beim Zusammenschluß der sechs Schumanplan-Länder zu einer Atomgemeinschaft, bei der Bildung anderer internationaler Atomorganisationen und beim Abschluß von Verträgen über Ankauf von Kernbrennstoff oder Austausch von Erfahrungen mit anderen Staaten ergeben.

Nicht nur für die Elektrizität wird die Forschung und Nutzung der Kernenergie eine große Rolle spielen, sondern auch für die Medizin, Landwirtschaft, Biologie, Biochemie und andere Zweige der Wirtschaft.

Von der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und der Wirtschaft wird es abhängen, wie sich die Forschung und Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik entwickeln wird. Uns allen geht es dabei darum, eine Entwicklung einzuleiten und zu fördern, die der Bevölkerung zugute kommt und die es der Bundesrepublik auch im Atomzeitalter gestattet, als Industrienation konkurrenzfähig zu bleiben.

Kindergeldgesetzgebung (Schluß von Seite 3)

zu Zahnpflege und Badewasser? Wir haben alle Ursache, so meinen wir, uns kollektivistische Tendenzen, die in die Staatsomnipotenz münden, vom Leibe zu halten!

Auch die Vergleiche, die Minister Hohlwegler zu anderen Ländern zieht, sind nicht stichhaltig. So ist z. B. gerade die französische Regelung deswegen so bedenklich, weil sie einer Familie die Möglichkeit gibt, überhaupt nur vom Kindergeld zu leben, d. h. also ohne daß der Vater noch verdienen müßte. Wäre eine solche Höhe des Kindergeldes vertretbar? Zweifelsfrei könnte auf diesem Gebiet bei uns noch mehr geschehen und die Denkschrift von Bundesminister Wuermeling weist hier auch konkrete Wege. Wir stehen aber erst am Anfang und sollten behutsam einen Schritt nach dem andern tun. Mit dem Vorschlag einer Vereinfachung der Gesetzgebung kann man einverstanden sein. Da bei der Reform der sozialen Leistungen auch eine Entflechtung komplizierter Bestimmungen notwendig wird, wird sich dabei ganz von selbst auch eine wesentliche

Vereinfachung des Kindergeldverfahrens ergeben.

Schließlich erscheint mir auch die Tatsache, daß es 56 verschiedene Familienausgleichskassen gibt, etwas zu kompliziert. Ich halte es für denkbar, daß die Aufgabe des Familienlastenausgleichs durch eine Ausgleichskasse wahrgenommen wird. Man könnte dabei an ein Auszahlungsverfahren denken, wie es in der englischen Rentenversicherung mit gutem Erfolg angewandt wird. Dort erhält der Rentenberechtigte am Jahresbeginn ein Heft mit 12 Schecks. Eine ähnliche Lösung bietet sich bei uns an. Sie würde dadurch erleichtert werden, daß es sich immer um den gleichen Betrag handelt, der auf die Schecks aufgedruckt werden könnte.

Die CDU wird nicht ruhen, bis wir eine Kindergeldgesetzgebung besitzen, die wohlausgewogen ist und allen Ansprüchen in angemessener Weise Rechnung trägt. Am Ende unserer Bemühungen — darin stimme ich Minister Hohlwegler zu — muß ein Werk stehen, das allen modernen Anforderungen genügt."

A II c 2 Bundeskanzler

Glückwünsche zu Dr. Adenauers Geburtstag

Dem Bundeskanzler sind aus Anlaß seines 80. Geburtstages, den er am 5. Januar beging, aus dem ganzen In- und Ausland zahlreiche Glückwünsche zugegangen. Bundespräsident Prof. Heuss gedachte am Vorabend des 5. Januar in einer Rundfunkansprache der besonderen politischen Verdienste des Bundeskanzlers. Er erklärte u. a.: „Niemand, der halbwegs billig zu urteilen versucht, mag er sonst mit Verstimmungen oder Neidgefühlen arbeiten, wird verkennen, wie gerade des Bundeskanzlers Wesensart den Deutschen in der Welt die verlorene Achtung wiederzugewinnen verstand, eine historische Tat. Das meiste an innerpolitischer Verstimmung oder Verärgerung oder klein-kalibriger Schützenfröhlichkeit sinkt daneben in der geschichtlichen Würdigung ins völlig Wesenlose, gar Gleichgültige ab.“

Der britische Premierminister Sir Anthony Eden hat Dr. Adenauer eine Glückwunschsbotschaft gesandt, in der es heißt: „Mit Bewunderung habe ich ihre unablässigen Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands verfolgt, bei denen Sie, wie Sie wissen, unsere volle Unterstützung besitzen.“

Edens Vorgänger, Sir Winston Churchill, sagte in einem Glückwunschtelegramm, die Freundschaft mit Dr. Adenauer sei für ihn eines der Geschenke seiner letzten Amtsjahre. Er verfolge nach wie vor mit Bewunderung das Wirken des Bundeskanzlers für das Wohlergehen und die Einheit Deutschlands und Europas.

Außerdem erhielt Dr. Adenauer Glückwünsche, Telegramme oder Handschreiben u. a. von Präsident Eisenhower, dem amerikanischen Außenminister Dulles, vom sowjetischen Regierungschef Bulganin, vom indischen Ministerpräsidenten Nehru und von dem italienischen Regierungschef Segni. Auch der frühere französische Botschafter François-Poncet, der italienische Außenminister Martino und der amerikanische Botschafter in Bonn, Dr. Conant, übermittelten ihre Glückwünsche.

Mit einem eigenhändig unterzeichneten Breve hat Papst Pius XII. Dr. Adenauer den Orden vom „Goldnen Sporn“ verliehen. Er ist nach dem Christusorden die höchste päpstliche Auszeichnung. Das päpstliche Jahrbuch 1955 verzeichnet nur 10 Träger dieses Ordens. Er wird in der Regel nur regierenden Fürsten, Staatsoberhäuptern oder Regierungschefs verliehen.

Der Ehrendokortitel der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, der Dr. Adenauer zu seinem 80. Geburtstag verliehen wurde, ist der 11. Dokortitel honoris causa für den Bundeskanzler.

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands schenkte dem Bundeskanzler eine frühbarocke Madonna aus der Bodenseegegend, außerdem eine größere besondere Hilfsaktion. Die einzelnen Landesverbände überbrachten Dr. Adenauer jeweils für ihr Heimatgebiet charakteristische Geschenke. Der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion widmete eine Radierung von Sepp Frank.

In einer Verlautbarung des CDU-Landesvorsitzenden, Dr. Hans Seidel, aus Anlaß des Geburtstages von Dr. Adenauer, heißt es u. a.:

„Wenn die CSU auch eine unabhängige Landespartei ist, so erkennt sie dennoch die Autorität des Bundeskanzlers in allen Fragen an, die die Grundlagen und die Lebensfähigkeit der Bundesrepublik berühren, und die er sich durch seine unbestechliche und überzeugende Haltung erworben hat. Heute an seinem Geburtstag können wir es dankbar aussprechen, daß er uns dies nicht schwer gemacht hat, weil wir uns in der CSU bei aller Selbständigkeit des Urteils mit dem Bundeskanzler in einer weitgehenden inneren Übereinstimmung befinden.“

12. Januar 1956

Die im Archivteil der „Union in Deutschland“ wiedergegebenen Vorgänge und Meinungsäußerungen bedeuten keine Stellungnahme der Redaktion, sondern dienen lediglich registrierend der Unterrichtung unserer Leser.

A I a Auswärtige Beziehungen

Aufnahme diplomatischer Beziehungen Bonn—Moskau perfekt

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik sind jetzt perfekt. In Anwesenheit von Außenminister Dr. von Brentano überreichte am 7. Januar der erste sowjetische Botschafter in Bonn, Valerian Sorin, Bundespräsident Heuss sein Beglaubigungsschreiben. Wenig später ließ der Sowjetbotschafter dem Auswärtigen Amt mitteilen, daß seine Regierung offiziell Dr. Wilhelm Haas das Agrément als erstem Botschafter der Bundesrepublik in Moskau erteilt habe. 12. Januar 1956

A I c Saargebiet

Dr. Ney neuer saarländischer Ministerpräsident

Der Saarlandtag wählte am 10. Januar den Vorsitzenden der Saar-CDU, Dr. Hubert Ney, zum neuen Ministerpräsidenten für das Saargebiet. Von 49 anwesenden Abgeordneten stimmten 32 für Dr. Ney, 15 Abgeordnete enthielten sich der Stimme, zwei Stimmen waren ungültig. Einer der insgesamt 50 Abgeordneten fehlte bei der Abstimmung. Dr. Ney nahm die Wahl an.

Nach einer Pause stellte Dr. Ney die neue Saarregierung dem Landtag vor. Das Kabinett setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Kultus- und Justizminister Egon Reinert (CDU), Wirtschaftsminister Dr. Norbert Brinkmann (CDU), Innenminister Fritz Schuster (DPS), Finanzminister Prof. Dr. Adolf Blind (Parteilos), der auch schon der Übergangsregierung unter Welsch angehörte. Direktor des Justizministeriums wurde Dr. Erich Lawall (Parteilos). Auch er hatte dieses Amt bereits in der Übergangsregierung inne.

Dr. Ney eröffnete seine Regierungserklärung mit dem Leitsatz, daß seiner und wohl auch jeder folgenden Regierung durch den Volksentscheid als nächstes Ziel die Wiedervereinigung mit Gesamtdeutschland gewiesen sei, „wobei für uns Gesamtdeutschland repräsentiert wird durch die Bundesrepublik“. Ney sagte, er sei sich der Tatsache bewußt, daß dieses Ziel nur über eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erreicht werde. 12. Januar 1956

C e Junge Union

Dr. Stoltenberg (JU) zur Wahlrechtsfrage

Zu dem Vorwurf der vom schleswig-holsteinischen BHE-Abgeordneten Dr. Beer geleiteten Landesgruppe des „Blockes Junger Deutscher“, das Eintreten des Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Dr. Stoltenberg, für ein stärker am Mehrheitswahlrecht orientiertes Wahlsystem bedeute, daß die „Demokratie zugunsten einer Gruppendiktatur geopfert“ werden solle, erklärte Dr. Stoltenberg vor Pressevertretern:

„Dieser Vorwurf zeugt gleichermaßen von Unsachlichkeit wie von Unkenntnis. Die CDU/CSU ist seit ihrer Gründung bekanntlich immer für das uneingeschränkte relative Mehrheitswahlrecht eingetreten, das nach den Erfahrungen der Vergangenheit wesentlich für die Schaffung einer stabilen krisenfesten Demokratie erscheint. Wenn sie jetzt Kompromißlösungen — wie beispielsweise das „Grabensystem“ — vorschlägt, dann bedeutet das von den Grundauffassungen der CDU/CSU her ein erhebliches Zugeständnis an die anderen Parteien. Die Ansicht des BJD, das Mehrheitswahlrecht widerspreche „unserer Tradition“, ist falsch, denn im Kaiserreich wurde der Deutsche Reichstag nach dem absoluten Mehrheitswahlrecht gewählt. Die klaren, gesunden parlamentarisch-demokratischen Verhältnisse in den Ländern mit reinem Mehrheitswahlrecht, wie z. B. in den USA und in England, in denen von „Gruppendiktatur“ zu sprechen geradezu lächerlich wäre, stehen in eindrucksvollem Kontrast zu der fast ausweglosen Situation in Frankreich, dessen Verhältniswahlsystem zur völligen Zersplitterung und Regierungsunfähigkeit geführt hat.

Das unsachliche Vokabular an Verleumdungen und Unterstellungen, mit dem heute im Namen der Demokratie gegen die Wahlrechtspläne der CDU/CSU operiert wird, scheint mir aus einer anderen Tradition, nämlich aus totalitärer Intoleranz zu kommen.“ 12. Januar 1956

BI a Atlantikpaktstaaten

Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung

Das französische Innenministerium meldet als offizielles Wahlergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung, die am 2. Januar stattfanden, für das Mutterland mit Ausnahme des Departements Moselle:

	Stimmen	v.H.
Wahlberechtigt	26 353 278	
gültige Stimmen	21 138 159	
Kommunisten	5 426 803	25,6
Sozialisten	3 171 985	15,0
Unabhängige / Bauern	3 008 487	14,1
Radikalsoziale	2 919 412	13,6
Poujadisten	2 413 240	11,4
Volksrepublikaner	2 261 676	10,6
Sozialrepublikaner	893 811	4,2
Splittergruppen	855 157	3,8

Für die in drei Gruppen zerfallenen Radikalsozialisten wurde nur eine Ziffer bekanntgegeben. Nach inoffiziellen Zählungen entfallen auf die Gruppe um Faure von der Gesamtzahl der gültigen Stimmen 3,1 v.H., auf die Anhänger von Mendès-France 9,6 v.H. und auf die Widerstandsdemokraten 0,9 v.H.

Am 5. Januar wurde halbamtlich eine neue Mandatsverteilung für die Nationalversammlung bekanntgegeben, die sämtliche gewählten 594 Abgeordneten umfaßt, aber die Verteilung von fünf Mandaten als nicht endgültig festgelegt bezeichnet. Nach dieser Aufstellung ergibt sich folgendes Bild: Kommunisten 150, Sozialisten 94, kleine Linksguppen 4, Demokratisch-Afrikanische Sammlungsbewegung 9, Widerstandsunion 8, Radikalsozialisten und RGR 49, Republikanische Linke (Rest der RGR) 21, Volksrepublikaner (MRP) 72, Unabhängige 96, Sozialrepublikaner 22, Unabhängige aus Übersee 9, Rechtsradikale 3, Poujadisten 52, nicht endgültig geklärte Mandate 5. Zur Auffüllung auf die volle Mitgliederzahl der künftigen Nationalversammlung von 626 fehlten noch 32 Sitze: der Vertreter Neukaledoniens, der Vertreter der Südseebesitzungen — beide werden zu einem späteren Zeitpunkt im Januar gewählt — und die 30 algerischen Abgeordneten, deren Wahltermin noch festgelegt werden muß.

12. Januar 1956

A IV 8 c Wiedervereinigung Deutschlands

USA-Regierung gegen Verewigung der Teilung Deutschlands

Präsident Eisenhower versicherte am 5. Januar vor dem amerikanischen Kongreß, die Regierung der USA werde eine Verewigung der Teilung Deutschlands nicht unterstützen. In dem Regierungsprogramm, das ein Beamter des Kongresses in seinem Namen verlas, erklärte der Präsident, es müsse Sorge getragen werden, daß in der Menschheit das Bewußtsein der auf der Welt herrschenden Ungerechtigkeiten wachgehalten wird. Er denke vor allem an die drückende Teilung des deutschen Volkes, die Versklavung von Millionen von Menschen in anderen Ländern und die Verhinderung der Aufnahme Japans in die UNO.

In der Botschaft heißt es, die USA wollten die europäischen Einheitsbestrebungen in verstärktem Maß unterstützen. Den Bemühungen westeuropäischer Staaten für eine stärkere Integration, zum Beispiel auf dem Gebiet der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke, soll besondere Hilfe geleistet werden. Eisenhower forderte die Vollmacht, für die amerikanische Auslandshilfe langfristige Verpflichtungen einzugehen, um die Freunde Amerikas zu unterstützen, „damit sie die Stärke, die unser gemeinsames Ziel ist, erreichen können“. Er erklärte, die Genfer Konferenz der Außenminister habe erschöpfend bewiesen, daß die sowjetischen Führer „nicht bereit sind, die Voraussetzungen für einen sicheren und dauerhaften Frieden zu schaffen“.

12. Januar 1956

A IV 7 a Allgemeines

Flüchtlingsstrom schwillt an

Vom 30. Dezember bis zum 6. Januar betrug die Zahl der Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone, die Notaufnahme beantragt haben, 6412 gegenüber 3067 in der Vorwoche. Davon waren 1141 (428) alleinstehende Personen bis 24 Jahre. Gegenüber der Vorwoche hat sich also die Zahl der Notaufnahmeanträge fast verdoppelt. Wenn auch die Berichtszeit diesmal acht Tage beträgt, und wenn man berücksichtigt, daß nach den Weihnachtstagen der Flüchtlingsstrom erfahrungsgemäß zunimmt, wird die Zahl von 6412 dennoch als außergewöhnlich hoch bezeichnet werden müssen.

12. Januar 1956

A IV 1 h Jugend- und Familienfragen

Minister Wuermeling fordert größere Steuervergünstigungen vom 2. Kind an

Das Bundesfamilienministerium teilt mit:

„In Kundgebungen in Wipperfürth und Troisdorf bestätigte Bundesminister Dr. Wuermeling am 8. Januar seine in Kassel gemachten Ausführungen über die Notwendigkeit des Vorranges zusätzlicher Steuerbegünstigungen für die Zweitkinder vor jeder linearen Steuersenkung. Er werde es nicht zulassen, daß in dieser Frage der Verbands- und Wirtschaftsegoismus bestimmter Interessentenkreise erneut unsere Familien mit Kindern überfahre. Der Minister erklärte erneut, er werde eher ohne Ministeramt gegen diese Verbandsinteressen weiterkämpfen als in dieser Frage kapitulieren.

Zur Stellungnahme der SPD zu seinen in Kassel gemachten Ausführungen erklärte der Minister, er habe zwar in Kassel keinerlei neue Vorschläge zur Zuckersteuer gemacht, sich aber nichtsdestoweniger aufrichtig über die Zustimmung der SPD zu seiner Kasseler Rede gefreut, nachdem diese Rede bereits vor dieser Zustimmung in Kassel breitesten Wiederhall gefunden habe. Entscheidend wichtig sei ihm die Zustimmung der SPD zu seinem Kasseler Appell an die Sozialpartner, die Zahlung des Kindergeldes für das zweite Kind zunächst in den einzelnen Wirtschaftszweigen bei kommenden Tarifverhandlungen durch entsprechende Tarifvereinbarungen herbeizuführen, also nur 2 v.H. aus kommenden Lohnerhöhungen im Sinne des Solidaritätsgedankens für dieses Kindergeld abzuzweigen.

Mit der Zustimmung der SPD dürfte nach Ansicht des Ministers der Weg zum Kindergeld für die Zweitkinder gebahnt sein, da die Sozialpartner selbst einer solchen Verwirklichung des Solidaritätsgedankens gewiß noch leichter näherzutreten bereit sein würden.“

Die Zustimmung der SPD zu der Kasseler Rede des Familienminister Dr. Wuermeling beziehe sich lediglich auf dessen Äußerungen zur Zuckersteuer, wurde von der Pressestelle der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion erklärt; Wuermelings Vorschlag, die Zahlung des Kindergeldes für das zweite Kind dadurch zu ermöglichen, daß bei kommenden Tarifverhandlungen 2 v.H. der Lohnerhöhungen im Sinne des Solidaritätsgedankens für dieses Kindergeld abgezweigt werden, habe die Sozialdemokratische Partei niemals zugestimmt.

12. Januar 1956

A IV 7 a Allgemeines

Moskau soll Vermissenschicksal klären

Rund 8000 Kriegsgefangene seien bisher im Rahmen der Moskauer Zusage aus Sowjetrußland zurückgekehrt, erklärte am 6. Januar Vertriebenenminister Prof. Oberländer. Ungelöst bleibe nach wie vor die Frage der Verschollenen. Man habe in den letzten Jahren von etwa 100 000 Personen die Nachricht gehabt, daß sie noch am Leben gewesen seien. Wenn auf Grund der Heimkehreraussagen die Listen über die Verschollenen überprüft seien, werde man sie der Sowjetunion übergeben, die in Moskau zugesagt habe, die einzelnen Fälle zu verfolgen. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes ergänzte diese Mitteilungen dahin, es werde eine der ersten Aufgaben der neuen Botschaften sein, sobald sie arbeitsfähig seien, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Zur Frage der aus den deutschen Ostgebieten verschleppten Personen sagte Minister Oberländer, man schätze diese Zahl auf etwa 650 000. Von den am 18. Dezember in der Sowjetzone angekommenen 1100 Verschleppten seien inzwischen 670 in der Bundesrepublik eingetroffen. Nach Meldungen in der sowjetzonalen Presse sollen demnächst weitere 8000 in die DDR oder die Bundesrepublik entlassen werden. Diese Personen seien natürlich nicht auf die 9626 Kriegsgefangenen anzurechnen.

12. Januar 1956

A IV 7 a Allgemeines

1955 rund 253 000 Notaufnahmeanträge

252 870 Sowjetzonenflüchtlinge haben im vergangenen Jahr in Westberlin und in der Bundesrepublik ein Notaufnahmeverfahren beantragt. Das sind 37,3 v.H. mehr als 1954. Der Anteil der Alleinstehenden unter 25 Jahren hat sich von 20,6 auf 24,7 v.H. erhöht. Die Zahl der geflüchteten Volkspolizisten stieg von 1848 auf 2549. Auch sind im letzten Jahr mehr Flüchtlinge gekommen, die in der Sowjetzone im Erwerbsleben standen, während weniger Rentempfänger, Hausfrauen und Kinder in die Bundesrepublik kamen. Die Aufnahme- und Beschwerdeausschüsse haben in 45 276 Fällen die Aufnahme abgelehnt, das sind 17,5 v.H. aller erledigten Fälle. Im Vorjahr waren es 18,6 v.H.

12. Januar 1956

**Leistungsbericht der CDU-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg**

Die Landtagsfraktion der CDU trat am 5. Januar zu einer Sitzung zusammen, um u. a. Fragen des Staatshaushaltsplans, den auf eine Initiative der CDU zurückgehenden Generalverkehrsplan sowie das Volksbegehren in der Pfalz zu erörtern. Die CDU-Fraktion hat aus diesem Anlaß einen Leistungsbericht veröffentlicht, in dem es heißt: „Eine kritische Würdigung der Tätigkeit der CDU-Fraktion kann nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß unter der Führung der größten Partei die wichtigsten Aufbaugesetze für das neue Bundesland verabschiedet wurden. Daß diese Gesetze im einzelnen noch gewisse Mängel aufweisen, soll nicht verschwiegen werden. Gleichwohl ist es der CDU immer wieder gelungen, im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung die Partner der Koalition an die gemeinsame Verantwortung dem Ganzen gegenüber zu binden. Damit hat die CDU einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der Verhältnisse im südwestdeutschen Raum geleistet.“

Im Mittelpunkt der Politik der Landtagsfraktion standen die Probleme des Staats- und Verwaltungsaufbaus und die Fragen der Kulturpolitik. Ihren nach den Wahlen vom März 1952 aufgestellten Grundsätzen entsprechend, hat sich die CDU konsequent auch nach ihrem Eintritt in die Regierung für die Dezentralisierung der Verwaltung eingesetzt. Versuche, die Ministerien auf die regierende Tätigkeit zu beschränken und den mittleren und unteren Instanzen größere Zuständigkeiten zuzuweisen, sind bedauerlicherweise am Widerstand der anderen Parteien gescheitert. Für die CDU kommt es nicht entscheidend auf die äußere Reform der Verwaltung um jeden Preis an. Für sie ist wichtig, daß zwischen der Verwaltung und den Bürgern ein besseres, menschlicheres Klima geschaffen wird. Das bedingt, daß die Verwaltungsräume für den Bürger überschaubar sein müssen. Die Bürger sollen die Verwaltung nicht mehr als eine ihnen fremd oder gar feindlich gegenüberstehende Institution betrachten. Diese Gefahr besteht, wenn die Tendenz zur Aushöhlung der Regierungspräsidien von anderen Parteien weiterverfolgt wird.

Im Bereich der Kultur- bzw. Schulpolitik hat die CDU mit Erfolg um die materielle Besserstellung der Volksschullehrer gerungen. Ein entsprechender Antrag der CDU fand die Unterstützung aller Parteien, so daß im Dezember 1953 bereits ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden konnte. Mit einem jährlichen Mehraufwand von rund 20 Millionen DM wurden damit wesentliche Verbesserungen für die Volksschullehrer erzielt. Für die alten Pensionäre hat die CDU später mit Erfolg eine Novelle eingereicht.

Seit 1949 schon hat die CDU im Stuttgarter Landtag größere Mittel für den Schulhausneubau gefordert. Auf Initiative des damaligen Abgeordneten Simpfendorfer stellte das Land jährlich 10 Millionen DM für diesen Zweck zur Verfügung. Nach der Bildung des neuen Bundeslandes wurde der Betrag auf 16 Millionen DM erhöht. So konnten bis 15. Mai 1955 4435 Klassenräume für Volksschulen und 767 Klassenräume für Gymnasien fertiggestellt werden. Schulhausneubau und Schaffung neuer Lehrerstellen führten zu einer Senkung der durchschnittlichen Klassenstärke von 70 im Jahre 1949 auf heute 35. Ausbau und Verbesserung des Schulwesens werden auch in Zukunft ein Kernstück der Parlamentstätigkeit der CDU bilden. Hier müssen vor allem für die Höheren Schulen in erheblichem Ausmaß neue Lehrerstellen geschaffen werden. Vor dem Abschluß der gegenwärtigen Legislaturperiode erwartet die CDU-Fraktion noch die Verabschiedung des Privatschulgesetzes. Sie ist der Meinung, daß damit einem zwingenden Erfordernis der Verfassung Rechnung getragen wird und bedauert, daß ihrem dringenden Wunsch nach einer rechtzeitigen Verabschiedung des Lehrerbildungsgesetzes nicht entsprochen wurde.“

12. Januar 1956**A V a Bayern****CSU beendet parlamentarischen Streik**

Die CSU-Fraktion des bayerischen Landtags hat ihren parlamentarischen Streik eingestellt. Sie trifft gegenwärtig Vorbereitungen für ihre Teilnahme an der ersten Plenarsitzung im neuen Jahr, die voraussichtlich am 17. Januar stattfindet. Den letzten Vollsitzungen des Landtags vor den Weihnachtsferien war die CSU ferngeblieben, um damit gegen eine Rundfunkrede des Innenministers Dr. August Geislhöringer zu demonstrieren, dessen Rücktritt sie kategorisch gefordert hat.

12. Januar 1956**Schnelle Kreditaktion für Landwirtschaft
gefordert**

Sofortmaßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft forderte die Landesleitung der CDU Niedersachsen von Regierung und Landtag. Bei einer Überprüfung der landwirtschaftlichen Situation habe die Landesleitung der Partei unter anderem festgestellt, daß viele von den Witterungsschäden des Wirtschaftsjahres 1954/55 betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe den Anschluß an das kommende Wirtschaftsjahr ohne Hilfe kaum erreichen würden. Die CDU halte deshalb eine schnelle Kreditaktion in Verbindung mit Zinsverbilligungen für erforderlich. Schließlich halte die Landesleitung der CDU es für notwendig, daß die Regierung auf die Finanzbehörden einwirkt, damit alle steuerlichen Maßnahmen in der Landwirtschaft, insbesondere alle notwendigen Betriebsprüfungen, mit der „Sache und der Person nach gebotener Rücksicht durchgeführt“ würden.

12. Januar 1956**A III 1 b FDP****FDP-Landesverbände hinter Dr. Dehler**

Der FDP-Landesparteitag von Nordrhein-Westfalen wurde am 8. Januar in Bad Lippspringe zu einer Vertrauenskundgebung für den Parteivorsitzenden Dr. Thomas Dehler. Nachdem sich erst vor wenigen Tagen der Landesverband in Baden-Württemberg einmütig hinter Dehler gestellt hatte, sprachen zusammen mit der FDP Nordrhein-Westfalens auch Parteigäste aus Hamburg, Bremen und Niedersachsen ihrem Parteivorsitzenden das Vertrauen aus.

Der Nordrhein-Westfälische Landesverband erwartet von den Bundestagsabgeordneten, daß sie Dr. Dehler als Fraktionsvorsitzenden bei der Neuwahl des Vorstandes am 10. Januar bestätigen. Der am 8. Januar einstimmig wiedergewählte Landesvorsitzende der FDP Nordrhein-Westfalens, Dr. Middelhaue, bezeichnete Dr. Dehler als einen Mann, der den Mut habe, die Wahrheit zu sagen und den Finger „auf die Wunde unserer Demokratie zu legen“. Der saarländische Landtagspräsident und DPS-Vorsitzende Dr. Heinrich Schneider erklärte, die Geschichte der Saar werde nicht ohne Thomas Dehler und Max Becker geschrieben werden können. Die DPS dankte den Freien Demokraten, die sich im Kampf um die Saar zum Anwalt einer gerechten Sache gemacht hätten.

Die beiden bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Wiederaufbauminister Willi Meyer und Bundestagsabgeordneter Dr. Erich Mende, wurden auf dem Parteitag mit großer Mehrheit in ihren Ämtern bestätigt.

12. Januar 1956**A IV 6 i Gewerkschaften****Betriebsrat der „Weser-AG“ ohne Kommunisten**

Zum ersten Male seit 1918 wählten die Arbeiter und Angestellten auf der Werft der Bremer „Weser“-Aktiengesellschaft am 3. Januar einen Betriebsrat, in dem keine Kommunisten vertreten sind. Im letzten Betriebsrat gab es noch acht Kommunisten. Der neue Betriebsrat besteht aus siebenzehn Arbeitern und vier Angestellten. Dreizehn Mitglieder gehören der SPD an, die anderen sind parteipolitisch ungebunden. Der mit den wenigsten Stimmen in den Betriebsrat gewählte Kandidat erhielt rund vierhundert Stimmen mehr als der kommunistische Kandidat mit der höchsten Stimmenzahl. An der Wahl beteiligten sich rund 4100 Arbeiter und etwa 700 Angestellte. Das sind rund 80 v. H. der Belegschaft.

12. Januar 1956**C c Landesparteien****Lemmer führt CDU Berlin**

Ein außerordentlicher Parteitag der Berliner CDU wählte am 7. Januar mit 102 von 129 abgegebenen Stimmen Ernst Lemmer zum neuen Landesvorsitzenden als Nachfolger des verstorbenen Parteivorsitzenden Bundesminister Dr. Robert Tillmanns. Lemmer ist außerdem Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU und Bundestagsabgeordneter, so daß in seiner Hand die Berliner Gesamtleitung der Christlich-Demokratischen Union liegt.

Er gehörte zu den Mitbegründern der CDU in Berlin und der Sowjetzone, die der Parteigründung im jetzigen Bundesgebiet vorausging. Zusammen mit Jakob Kaiser war Lemmer Zonenvorsitzender der CDU bis zu seiner Absetzung durch die Sowjets im Dezember 1947. In einer kurzen Antrittsansprache setzte sich der neue Landesvorsitzende Ernst Lemmer dafür ein, die Politik der Bundesregierung für die Wiedervereinigung gerade von Berlin aus nachhaltig zu unterstützen. Berlin könne einen guten Beitrag dazu leisten, wenn es eine geistige und seelische Brücke von der Spree zum Rhein schlage.

12. Januar 1956

Die Neugliederung des Bundesgebietes

Stand der Verfahrensfrage

Von besonderer Seite erfahren wir: Am 28. Dezember 1955 ist das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid bei Neugliederung des Bundesgebietes nach Art. 29 Abs. 2 bis 6 des Grundgesetzes verkündet und in Kraft getreten.

Bei der ersten Beratung am 29. September war der Entwurf ohne Debatte an den Ausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung und zur Mitberatung an den Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht überwiesen worden. Das Gesetz soll die Modalitäten der in Art. 29 Abs. 2 GG vorgesehenen Volksbegehren (als Voraussetzung späterer Volksentscheide) regeln.

In diesem Zusammenhang ist auch an die kürzlich erfolgte Veröffentlichung des sogenannten Luther-Gutachtens über die Neugliederung des Bundesgebietes zu erinnern. Altreichskanzler Dr. Luther selbst hat in einer Rede in Hamburg zu diesem Problem Stellung genommen, wobei er der Auffassung widersprach, daß die Neugliederung bis zur Wiedervereinigung Deutschlands zurückgestellt werden könne. Diese Ansicht war in einer EntschlieÙung ausgesprochen worden, die der Bundesrat anläßlich des ersten Durchganges des eingangs zitierten Entwurfs am 24. Juni gefaßt hat. Auch die Bundesregierung hat sich die EntschlieÙung des Bundesrates nicht zu eigen gemacht, als sie das Durchführungsgesetz zu Art. 29 des Grundgesetzes an den Bundestag weiterleitete. Schließlich hatte der mit der Beratung des Entwurfs federführend befaßte Bundestagsausschuß für Angelegenheiten der inneren Verwaltung dem Plenum des Bundestages empfohlen, in einer besonderen EntschlieÙung auszusprechen, daß er der Resolution des Bundesrates nicht beitrifft.

Der augenblickliche Stand der Neugliederungsfrage ist durch die fristgemäÙe Vorlage des Durchführungsgesetzes gekennzeichnet, womit den Anforderungen des Grundgesetzes Rechnung getragen worden ist, denn nun können auch die Volksbegehren fristgemäß bis zum 5. Mai 1956 durchgeführt werden. Alles weitere ist nach den Bestimmungen des Grundgesetzes zunächst der Bundesregierung überlassen. Wenn im Bundestag die Meinung geäußert wurde, es sei wünschenswert, die gesamte Neugliederung bis zum Mai 1958 fristgemäß durchzuführen, so ist damit die Dreijahresfrist gemeint, innerhalb deren nach Abs. 6 des Art. 29 GG die Neugliederung durchgeführt werden soll. Diese Bestimmung hat aber nicht die bindende Kraft wie die Terminsetzung für die Volksbegehren, weil es sich im gesetzestechnischen Sinne nur um eine „Soll“-Vorschrift handelt. Hierbei wäre außerdem zu beachten, daß der Termin des Mai 1958 bereits in die nächste Legislaturperiode des Bundestages fällt.

Dr. Luther hat in Hamburg gesagt, wenn die Bundesregierung die Neugliederungsfrage zurückstelle, so müsse sie die Verantwortung dafür übernehmen. Das ist im Grunde eine Selbstverständlichkeit, denn die Bundesregierung trägt für alle ihre Handlungen auch die Ver-

antwortung. Gerade deshalb wird sie das materielle Neugliederungsgesetz sehr gründlich und sorgsam vorbereiten. Diese verantwortungsvolle Arbeit ist für sie mit um so größeren Schwierigkeiten verbunden, als sie angesichts der Fülle von Material ganz selbstständig die politische Entscheidung treffen muß. Das Luther-Gutachten gibt bekanntlich keine einheitliche Richtlinie an die Hand, und außerdem werden nach dem 5. Mai nächsten Jahres unter Umständen verschiedene Volksbegehren vorliegen, die miteinander im Wider-

Aus Hessen :

„Strikte Neutralität“?

Nachdem am 28. Dezember 1955 das Bundesgesetz über Volksbegehren und Volksentscheid nach Art. 29 GG verkündet und in Kraft getreten ist, sind auch (vor allem im sog. mittelwestdeutschen Raum, der die meisten Neugliederungsprobleme bietet) die Kräfte rege geworden, die auf eine Länderreform hindrängen. Es ist das gute Recht der Bevölkerung, in denjenigen Gebieten, die 1945 ihre Landeszugehörigkeit wechseln mußten, eine Änderung dieser Zugehörigkeit durch ein Volksbegehren zu verlangen.

Weder im Grundgesetz noch im Durchführungsgesetz vom 28. Dezember 1955 ist etwas darüber gesagt, wem die Initiative oder die Aktivlegitimation zur Einleitung eines Volksbegehrens zusteht.

Es geht im Grunde um den Gegensatz zwischen Christentum und Materialismus. Und dieser Gegensatz besteht auch innerhalb der Demokratien. Die moderne Technik mit Kino, Radio und Fernsehen fördert die VermaÙung des Menschen, und der Massenmensch wird immer zum Materialismus hinneigen. Als Gegengewicht brauchen wir in allen Staaten christliche Parteien, die nicht nur das politische, wirtschaftliche und soziale Leben mit christlichem Geist durchdringen, sondern es sich darüber hinaus zum Ziel setzen, die Voraussetzungen für eine christliche Existenz des einzelnen zu schaffen.

Zu diesen Voraussetzungen gehört ein mäßiger Besitz, der den arbeitenden Menschen von der Angst vor Hunger und Elend befreit, dazu gehört ein familiengerechtes Heim, in dem die Kinder gesund und unbeengt in Licht und Sonne aufwachsen, dazu gehört auch genügend Freizeit, denn eine wirkliche Persönlichkeit braucht Ruhe und MuÙe zu ihrer Entfaltung. Vor allem aber gehört dazu die christliche Erziehung der Jugend.

Denn der große Kampf zwischen Christentum und Materialismus wird in der Seele der Jugend ausgetragen.

Dr. Konrad Adenauer

spruch stehen dürften. Der Auftrag des Grundgesetzes lautet ausdrücklich auf Neugliederung des „Bundesgebietes“, also nicht auf dieses oder jenes einzelne Land. Es muß also bei allen Wünschen und Vorschlägen berücksichtigt werden, inwieweit sie mit den Interessen der gesamten Bundesrepublik vereinbar sind.

Bundesinnenminister Dr. Schröder hat am 11. November vor der Presse erklärt, die Bundesregierung halte eine Neugliederung des Bundesgebietes gegenwärtig nicht für dringend erforderlich. Damit ist — völlig unabhängig von der EntschlieÙung des Bundesrates — die Richtung klar gekennzeichnet, in der die Bundesregierung in dieser Frage in voller Übereinstimmung mit den Forderungen des Art. 29 GG vorzugehen gedenkt. Somit dürfte bis zu den im Art. 29 in Aussicht genommenen Volksentscheiden noch eine Zeitspanne liegen, in der das jetzt noch vielfach umstrittene Problem weiter geklärt werden kann.

Der hessische Ministerpräsident Dr. Zinn gab im Hauptausschuß des hessischen Landtages eine längere Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die Volksbegehren eine Angelegenheit der Bevölkerung selbst seien und daß die hessische Landesregierung daher nicht die Absicht habe, sich in öffentliche Auseinandersetzungen einzumischen, die bei den Volksbegehren entstünden. Sie werde so lange strikte Neutralität wahren, als nicht von anderer Seite das Gebot der Nichteinmischung verletzt werde.

Trotz dieser Erklärung entwickelte Ministerpräsident Dr. Zinn ein sehr umfangreiches Programm, das sich auf die Behandlung der rheinischen und nassauischen Landesteile bezog, sofern diese künftig einmal zu Hessen gehören sollten. So stellte er z. B. eine weitgehende Förderung der Wirtschaft, des Verkehrs und des kulturellen Lebens in Rheinhessen in Aussicht. Insbesondere solle die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, die in Hessen besteht, auch auf Rheinhessen ausgedehnt werden und auch den Studierenden an der Universität Mainz zugute kommen. Die beiden Städte Mainz und Wiesbaden sollen im Falle eines Zusammenschlusses als eine Art doppelte Landeshauptstadt behandelt und ein Teil der Ministerien und obersten Landesbehörden solle nach Mainz verlegt werden. Auch der hessische Landtag solle im Falle der Vereinigung einen Teil seiner Sitzungen in Mainz abhalten. Besonders wurde hervorgehoben, daß das schwierige Problem der rechtsrheinischen Vororte von Mainz und Worms in diesem Falle ganz von selbst gelöst wäre.

Inzwischen bewahrt die Opposition in Hessen (CDU und FDP) gegenüber dem Vorschlag des Ministerpräsidenten eine gewisse Neutralität, obwohl sich ein Widerspruch daraus ergibt, daß Dr. Zinn feierlich erklärte, er wolle sich nicht einmischen, dann aber doch ein langes Programm entwickelte. In der Sache selbst werde die Fraktion noch Stellung nehmen und auch im Plenum des Landtages wird die Angelegenheit noch zur Sprache kommen.

CDU in der Verantwortung

Kein anderes Bundesland spiegelt so getreu wie Rheinland-Pfalz die politische Konstellation der Bundesrepublik wider, denn anderwärts bestehen nirgends die absoluten Mehrheiten der CDU, die im Bundestag wie im Landtag von Rheinland-Pfalz die Führung in der Hand haben. Nirgends hat daher die CDU trotz bestehender Koalitionen so wie in Bonn und in Mainz in solchem Ausmaß die Last der Verantwortung zu tragen. Ein klares Zeugnis für die Grundhaltung einer von der CDU maßgebend geführten Landesregierung liegt in der Verlautbarung vor, die der Vorsitzende der CDU-Fraktion des Landtages von Rheinland-Pfalz, Ministerpräsident a. D. Dr. Boden, als Rückblick und Ausblick zum Jahreswechsel veröffentlicht hat.

Diese Verlautbarung befaßt sich naturgemäß zum großen Teil mit landespolitischen Einzelaufgaben, aber darüber hinaus finden sich hier auch grundsätzliche Erwägungen insbesondere koalitionspolitischer Art, die angesichts der in der Öffentlichkeit so viel diskutierten Bonner Koalitionsgespräche besonderes Interesse beanspruchen können. Dr. Boden kann aus guten Gründen eindringlich darauf hinweisen, daß die Koalition zwischen CDU und FDP sich schon im vorigen Landtage, also vor den Wahlen vom 15. Mai des vergangenen Jahres, trotz zahlreicher von außen kommenden Störversuche im großen und ganzen bewährt und sich allen Belastungsproben gewachsen gezeigt habe.

Am 15. Mai 1955 gewann die CDU in Rheinland-Pfalz die absolute Mehrheit, aber sie folgte dem Beispiel der CDU in Bonn und bildete keine Alleinregierung. „Maßvoll und besonnen (so schreibt Dr. Boden an dieser Stelle) gab die Fraktion nach den erfolgreichen Wahlen den Koalitionspartnern die Möglichkeit, auch in Zukunft die Geschicke des Landes in der Regierung mitbestimmen zu können.“ Allerdings dürfte der Fraktionsvorsitzende der CDU in Mainz auch Grund gehabt haben, weiterhin die Feststellung zu treffen, daß die CDU über die absolute Mehrheit nicht nur im Plenum, sondern auch in sämtlichen Ausschüssen des Landtages verfügt, so daß „die so überaus wichtige Ausschubarbeit in den kommenden vier Jahren von der CDU gestaltet werden kann“. Dieser Hinweis wird in denjenigen Kreisen des Mainzer Landtages, die irgendwie Grund zur Unzufriedenheit zu haben glauben (und diese gibt es hier natürlich wie überall) hoffentlich richtig in dem Sinne verstanden werden, daß die CDU bei aller hohen Wertschätzung der Zusammenarbeit in einer Koalition immerhin darauf achten muß, daß Ansprüche und Einfluß der Partner in einem einigermaßen harmonischen Verhältnis zu den nun einmal gegebenen Relationen der Kräfte, der Leistungen und nicht zuletzt der Verantwortung bleiben.

Zur Nachahmung empfohlen

Neue Sendereihen im Rundfunk

In der Stellungnahme zu den Vertragsentwürfen zwischen Bund und Ländern, die der Ausschuß Rundfunk im Bundesparteiausschuß Presse-Rundfunk-Film der CDU im Frühsommer 1955 den zuständigen Stellen vorgelegt hat, heißt es:

„Als Mangel empfinden wir es, daß die Frage der Rundfunksendungen für die Bevölkerung der sowjetrussisch besetzten Gebiete im Rahmen-Vertrag nicht geregelt worden ist. Eine solche vertragliche Festlegung kann nur unterbleiben, wenn durch rechtsverbindliche Vereinbarungen der Rundfunkanstalten unter sich sichergestellt wird, daß regelmäßige Sendungen für diesen Zweck, insbesondere eine Zusammenarbeit mit dem Sender Berlin, erfolgen. Wir glauben, daß der kommende Langwellensender diese Aufgabe allein nicht wird erfüllen können.“

Nun kommt eine erfreuliche Nachricht. Der Norddeutsche- und der Westdeutsche Rundfunk haben am 2. Januar 1956 eine neue Sendereihe für die zahlreichen Hörer der Mittelwelle in der sowjetischen Besatzungszone begonnen. Aus dem Studio Berlin des NDR werden an jedem Werktagsmorgen von 7.05—7.10 Uhr

Sprecher des Norddeutschen und Westdeutschen Rundfunks sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens einen „Grüß an die Zone“ richten. Der Westdeutsche Rundfunk bringt zusammen mit dem Sender Freies Berlin und in Übereinstimmung mit dem „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ ab Januar jeden Sonnabend von 19.10—19.20 an Stelle der Sendung „Berlin spricht mit Bonn“ eine neue Sendereihe „Unteilbares Deutschland“.

Außerdem führt der Norddeutsche Rundfunk die Sendung „Blickpunkt Berlin“ aus dem Studio Berlin in der Zeit von 18.25—18.35 Uhr montags bis freitags weiter. Vom Süddeutschen Rundfunk wird bekannt, daß er in der Zeit vom 13. bis 22. Januar eine „Berliner Woche“ veranstaltet.

Wir freuen uns dieser Initiative der Rundfunkanstalten und möchten die Hoffnung aussprechen, daß es bei dem Süddeutschen Rundfunk nicht bei der einmaligen Veranstaltung einer „Berliner Woche“ bleibt, sondern sie wiederholt wird und daß die übrigen Sender des Bundesgebietes dem Beispiel des Westdeutschen- und Norddeutschen Rundfunks oder des Süddeutschen Rundfunks folgen.

Uns wird geschrieben:

Kaffeesteuersenkung erwünscht

Zu dem Beitrag in Nr. 97, 1955, Seite 2: „Die Gestaltung der Verbrauchsteuern“ ist zu bemerken:

Der Schlußsatz kann m. E. nicht unwiderrprochen hingenommen werden. Wenn der Bundesfinanzminister meint, daß die Preisbildung beim Kaffee primär vom Weltmarkt abhängig sei, so hat er insofern natürlich recht, als jede Importware im Preise weltmarktabhängig ist. Das trifft bei Kupfer und Sisal genau so zu wie bei Kakao und Kaffee.

Was Minister Schäffer allerdings meint, trifft nicht zu, denn ein Blick über die Grenze zeigt, daß der Kaffee in dem uns umgebenden Ausland nur ungefähr die Hälfte kostet, wie in Deutschland. Mit anderen Worten ist die steuerliche Belastung in Deutschland so hoch, daß es bei uns sehr vielen Bürgern nicht möglich ist, sich den Genuß zu leisten, weil eben der Staat einen zu großen Anteil am Preis für sich beansprucht.

Gerade bei der Kaffeesteuer wäre m. E. die beste Gelegenheit, dem Verbraucher fühlbar zu zeigen, daß auch der Staat seinen Anteil ermäßigt und sich mit weniger begnügt, wodurch zweifellos der Konsum steigen und ein Teil des Ausfalls wieder wettgemacht werden würde.

Daß weiterhin gerade beim Kaffee auch außenhandelspolitisch eine erhebliche Senkung wichtig wäre, möchte ich nicht unerwähnt lassen. Unsere Hauptlieferanten von Kaffee machen uns nicht mit Unrecht den Vorwurf, daß wir durch unsere hohe steuerliche Belastung bewußt den Kaffeeimport drosselten. Würden wir die Belastung auf das Maß senken, das bei unseren Nachbarländern üblich ist, würde zweifellos der Konsum und damit der Import steigen und die Möglichkeit, deutsche Fertigprodukte in die Kaffeeländer zu exportieren.

Ernst Schlösser, Remscheid

Kurz belichtet

Nach den Berechnungen der Bank deutscher Länder war die Summe der Nettolöhne und -gehälter, die von 1953 auf 1954 nur um 8,5 v. H. gestiegen war, im ersten Halbjahr 1955 um 12,4 v. H. und im dritten Vierteljahr 1955 sogar um 14,1 v. H. höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Einer Gesamtsumme des Arbeitnehmerinkommens von 54,2 Milliarden DM im Jahre 1954 steht eine solche von 57 Milliarden DM gegenüber, wenn man die Zahlen des ersten Halbjahres 1955 auf ein ganzes Jahr umrechnet, und eine Summe von 62,5 Milliarden DM, wenn man die Zahlen des dritten Vierteljahres 1955 auf ein Jahr berechnet. Diese ansteigende Entwicklung beruht zum großen Teil auf der Erhöhung der Tariflöhne, die 1954 im Durchschnitt 5 v. H., im ersten Halbjahr 1955 6 bis 7 v. H. betragen hatte und sich gegenwärtig auf 8 v. H. — in manchen Fällen sogar erheblich mehr — beläuft.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 — Verlag und Vertrieb: Argelanderstr. 173 — Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schießbach 102. — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn, Postscheck-Konto Köln 365 31; Bankverein Westdeutschland, Bonn Nr. 74 87.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei